

**Von:** [LER-Landeselternrat](#)  
**An:** [Undisclosed recipients:](#)  
**Betreff:** WG: Pressemitteilung 30/2024 Lutz: CDU-Fraktion fordert schnelle Anpassung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes zur Bekämpfung von Antisemitismus und Extremismus  
**Datum:** Dienstag, 13. Februar 2024 09:51:09  
**Anlagen:** [image001.png](#)  
[image002.png](#)

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Pressemitteilung der CDU übersende ich Ihnen mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Verteiler:

Mitglieder/Ersatzmitglieder

KER/STER/RER

an News Interessierte

Mit freundlichen Grüßen  
Andrea Steinert1



Gemäß § 168 NSchG gebildet  
beim Nds. Kultusministerium



Niedersachsen. Klar.

Landeselternrat Niedersachsen  
**Geschäftsstelle**  
Berliner Allee 19  
30175 Hannover  
**Telefon:** 0511 / 120-8810  
**E-Mail:** [Landeselternrat@mk.niedersachsen.de](mailto:Landeselternrat@mk.niedersachsen.de)  
[www.ler-nds.de](http://www.ler-nds.de)

**Steinert Telefon** 0511 / 120 - 8814  
Bürozeit: Di. – Fr.

**Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten beim Niedersächsischen Kultusministerium:**

Ich weise Sie darauf hin, dass Ihnen gemäß Artikel 13 und Artikel 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verschiedene Rechte als betroffene Person zustehen. Eine ausführliche Information, welche Rechte dies im Einzelnen sind und wie Ihre Daten verarbeitet werden, können Sie unter dem Link „[Datenschutz im Nds. Kultusministerium](#)“ abrufen.

Diese E-Mail ist ausschließlich für die/den Adressaten/in bestimmt und kann vertrauliche Informationen enthalten, die unter den Datenschutz fallen. Sollten Sie nicht zu den zum Empfang der Nachricht berechtigten Adressaten gehören, dann ist jegliche Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weiterleitung untersagt. Falls Sie diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, bitte ich Sie um kurze Nachricht. Bitte löschen Sie die E-Mail anschließend von Ihrem Computer-System.

---

**Von:** Pressestelle CDU-Fraktion <[presse.cdufraktion@lt.niedersachsen.de](mailto:presse.cdufraktion@lt.niedersachsen.de)>

**Gesendet:** Montag, 12. Februar 2024 17:46

**An:** Pressestelle CDU-Fraktion <[presse.cdufraktion@lt.niedersachsen.de](mailto:presse.cdufraktion@lt.niedersachsen.de)>

**Betreff:** Pressemitteilung 30/2024 Lutz: CDU-Fraktion fordert schnelle Anpassung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes zur Bekämpfung von Antisemitismus und Extremismus

**Andreas Bolte**  
**Pressesprecher**  
**Telefon (05 11) 30 30 - 41 19**



FRAKTION NIEDERSACHSEN

Telefax (05 11) 30 30 - 48 54

Mobil: (0171) 817 6048

[andreas.bolte@lt.niedersachsen.de](mailto:andreas.bolte@lt.niedersachsen.de)

[www.cdu-fraktion-niedersachsen.de](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de)

[www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds](https://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds)

**Pressemitteilung**  
**Nummer 30/2024**

12. Februar 2024

## ***Lutz: CDU-Fraktion fordert schnelle Anpassung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes zur Bekämpfung von Antisemitismus und Extremismus***

**Hannover.** Die wissenschaftspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Cindy Lutz, drängt auf eine rasche Anpassung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes, um effektiver gegen Antisemitismus und Extremismus an den Hochschulen vorzugehen. Anlässlich der heutigen Unterrichtung durch den Niedersächsischen Wissenschaftsminister Mohrs im Fachausschuss des Niedersächsischen Landtags erklärt Lutz: "Es ist positiv, dass bereits an Lösungen gearbeitet wird, jedoch dürfen wir keinen Aufschub dulden".

Lutz weiter: "Das Niedersächsische Hochschulgesetz muss schnellstmöglich angepasst werden, um den Hochschulen den notwendigen Rückhalt für den Umgang mit solchen Vorfällen zu geben und vor allem Rechtssicherheit zu schaffen. Antisemitismus und jegliche Form von Extremismus haben an unseren Hochschulen keinen Platz. Diese Institutionen müssen weiterhin Orte des freien Wissensaustauschs und der offenen Diskussion bleiben, unbelastet von religiösen oder extremistischen Einflüssen."

Lutz unterstrich die Bedeutung eines klaren rechtlichen Rahmens, der es den Hochschulen ermöglicht, angemessen auf antisemitische und extremistische Vorfälle zu reagieren. Sie betonte die Verantwortung, sicherzustellen, dass Hochschulen sicher für alle Studierenden und Hochschulangehörigen sind.

"Wir müssen sicherstellen, dass unsere Hochschulen frei von Hass und Diskriminierung sind", sagte Lutz. "Dazu gehört auch, dass wir konsequent gegen antisemitische und extremistische Äußerungen und Handlungen vorgehen. Die Anpassung des Hochschulgesetzes ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg, und die CDU-Landtagsfraktion wird sich weiterhin für ein tolerantes und offenes Hochschulumfeld einsetzen."